

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 242

Freitag, den 16. Oktober 1903.

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die wirthschaftliche Lage Englands.

Kein Land hat innerhalb weniger Jahre eine so gründliche Umgestaltung seiner Finanz- und wirthschaftlichen Lage erfahren, als Großbritannien, schreibt die Berliner „Volkszeitung“. Der Transvaalkrieg war der Gipfelpunkt dessen, was man als Imperialismus unserer Väter jenseits des Kanals bezeichnet. Er bildete die größte militärische und finanzielle Machtentwicklung seit dem Ende der Kriege gegen Schluß des 18. Jahrhunderts und dem Beginne des 19. Jahrhunderts. Innerhalb dieser fast hundertjährigen Zeit hatte England nur einen europäischen Krieg geführt, den Krimkrieg. Die Kosten dieser Expedition, die sich für den englischen Schatz auf zwei Milliarden Francs belaufen, wurden zur Hälfte durch eine Anleihe, zur Hälfte durch eine Steuer gedeckt. Gladstone, der damals an der Spitze der Regierung stand, betonte nachdrücklich, daß der größte Teil der Kosten auf die Schultern der Steuerzahler gewälzt werden würde: „Die Kosten, die ein Krieg fordert“, sagte er, „sind ein Jügel, den die Vorsehung dem sonst unerfülllichen Ehrgeiz der Völker angelegt hat!“ Aber man darf behaupten, daß die im Jahre 1855 vorgenommenen Emissionen von 400 Mill. nur eine zufällige Erscheinung in der bewundernswürdigen Politik der Herabminderung der Schuld war, die die Schatzkanzler fast ohne Unterbrechung bis Ende des 19. Jahrhunderts verfolgten. Im Oktober 1899, dem Zeitpunkt der Erklärung des Transvaalkrieges, wurden die englischen Konsols mit 103 notirt, seitdem haben sie eine Waise (Sturz) erlitten und sind auf 90 gefallen, und diese Waise ist um so bezeichnender, als der Londoner Markt nicht mehr die Kraft zu haben scheint, sie zu hemmen, und die Kapitalisten sich absolut nicht heilen, den Nationalfonds zu einem seit langer Zeit unbekanntem Zinsfuß zu kaufen. Neue Steuern und Zölle im Betrage von 850 Millionen Francs sind eingeführt worden. Die Schuld hat sich um mehr als 4 Milliarden vermehrt. Sie ist von 17 000 Millionen auf beinahe 22 000 Millionen Franken gestiegen.

England gleicht in diesem Augenblicke einem Manne, der nach einer durchschwärmten Nacht aufwacht. Drei Jahre hindurch ist auf der andern Seite des Kanals nur von Imperialismus die Rede gewesen: die Stimmen, die protestirten, wurden erstickt unter dem Donner der Kanone und dem patriotischen Gesange Rudyard Kiplings. Heute haben die Kapitalklassen aufgehört, in den Straßen der City zu beschreien, und man hat die Kostenrechnung, sowohl die finanzielle als auch die moralische, aufgestellt. Die Kolonien, von denen das Mutterland finanzielle Unterstützung erwartete, lassen ihm eine glatte Absuhr zukommen. Das gegenwärtige Parlament, das man mit mehr Eifer als Klugheit zu der Eroberungspolitik gedrängt hat, kann nicht verbrennen, was es früher angebetet hat. Aber die Ergänzungswahlen haben in das Haus der Gemeinen bezeichnenderweise Liberale und Arbeiter als Deputirte gesendet, die einen von den Unionisten ganz verschiedenen Geist mitbringen: Sie werden viel weniger geneigt sein, alle Ausgaben zu bewilligen, als die gegenwärtige Majorität, von welcher der „Economist“ von England wisig sagte: „Wenn ehemals die Souveräne sich in ruinöse Abenteuer stürzten, so machten sie bisweilen Halt und entließen einen Theil ihrer Truppen. Heute ist es das Volk selbst, das sich zur Ueber läßt, und das der Meinung ist, Ausgaben zu machen, ohne zu rechnen, heiße „nationale Politik“ treiben und sei Pflicht eines guten Patrioten.“

Das Budget der englischen Marine für 1903/04 beläuft sich auf 870 Millionen Francs, auf mehr als 80 Millionen gegen das Vorjahr. Man ist im Begriffe, an der Ostküste am Firth of Forth und nahe bei Edinburgh einen vierten Kriegshafen zu schaffen. Das Kriegsbudget ist um einige Millionen von der Marine verschieden und beläuft sich auf 862 Millionen; beide zusammen erfordern eine Gesamtsumme von 1732 Millionen.

Unter dem Einflusse solcher enormen Bedürfnisse macht sich in England eine doppelte Strömung geltend: Auf der einen Seite wollen die Liberalen der alten Schule, die man die Gladstonianer nennen könnte und die nach dem Ausfall der letzten Ergänzungswahlen wahrscheinlich in einer mehr oder weniger nahen Zukunft zur Herrschaft gelangen, die Ausgaben vermindern. Andere bestehen hartnäckig auf der Aufrechterhaltung der Kriegs-Budgets und schwärmen sogar für neue Lasten; diese wollen das Einnahme-Budget erhöhen durch Schenkzölle; sie haben nichts anderes im Sinne, als eine vollständige Ummwälzung der Wirthschaftspolitik, auf die Großbritannien mehr als ein halbes Jahrhundert mit Recht stolz war; sie sprechen wie auf dem Kontinent von dem flachen Lande, daß der Industrie geopfert werde. Chamberlain war der Führer dieser Bewegung und ist über sie gespalten.

„Nationale Extravaganza!“ so beurtheilt der Londoner „Statist“ die Situation. „Unsere Einnahmen vermehren sich nicht infolge einer normalen Entwicklung der Quellen der Einkünfte, sondern weil neue Steuern geschaffen worden

sind; im Gegentheil, sie zeigen sogar eine gewisse Neigung zur Verminderung, da sie bei sonst gleichen Verhältnissen im Jahre 1902/03 3900 Millionen Francs betragen müßten, während sie thatsächlich nur 3820 Millionen betragen haben. Das Budget ist von 2300 Millionen im Jahre 1893/94 auf 3500 Millionen im Jahre 1903/04 gestiegen. Das Heer erfordert 67 pCt. mehr, als vor zehn Jahren. Der Ueberschuß des Imports über den Export erreichte im Jahre 1902 die kolossale Summe von 4662 Millionen Francs, anstatt 2040 im Jahre 1887. Der Augenblick ist gekommen, das Anwachsen der Ausgaben des Staates und der Gemeinden zu hemmen, denn sie bilden ein ernstes Hinderniß für die Entwicklung des nationalen Wohlstandes.“

Politische Rundschau.

Druckdruck.

Die Ersatzwahl im 15. sächsischen Reichstagswahlkreise. Die Meldung, Professor Hassle werde für die Nationalliberalen in Mittweida kandidieren, ist, dem „Leipz. Tagebl.“ zufolge, unbegründet. Ebenjüngig ist aber auch die Kombination bürgerlicher Blätter, daß man in Genossenkreisen damit umgehe, Göhre wieder als Kandidaten auszustellen, während der Parteivorstand dagegen Antritt oder Dr. K. Liebknecht in Vorschlag bringe. Bis her sind, soweit aus unseren sächsischen Parteiorganen zu ersehen ist, irgendetwelche Beschlüsse überhaupt noch nicht gefaßt worden. Der sozialdemokratische Verein in Mittweida beschloß sich Sonnabend mit der Mandatsniederlegung Göhres. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 10. Oktober 1903 tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Mittweida verurtheilt die Mandatsniederlegung des Genossen Göhre, da Göhre trotz der jüngsten Vorkommnisse in der Partei immer noch das vollste Vertrauen der Genossen hat. Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern aus über das Verhalten einer großen Anzahl Genossen in dem Ende September in Berlin abgehaltenen Parteiverfammlungen und erwartet vom Parteivorstande, daß er nach Möglichkeit dazu beiträgt, daß die gegenwärtigen Debatten, die das Parteileben vergiften, in sachliche Bahnen zurückgeleitet werden.“

Der Fall Krieger. Eugen Richter, der in seiner berühmten Art die Differenzen in der Sozialdemokratie auszuschlichten versucht hatte, muß jetzt erleben, daß es bei ihm in der eigenen Partei an allen Ecken und Enden brennt, trotz aller Vertuschungsversuche. Noch immer hängt Herr Kopsch an antisemitischen Galgen, und jetzt wird auch Aufheiß über den Fall Krieger bekannt. Wir haben schon mitgetheilt, daß der Führer des Königsberger Freisinn seine Aemter niedergelegt hat. Jetzt veröffentlicht nun Krieger eine Erklärung, in der er sein Verhalten erklärt. Er sagt u. a.: „Die Zweifronten-Theorie, der die Partei bei den Reichstagswahlen gefolgt ist und die nach meiner Ansicht naturgemäß zu einer Schwächung der Kampfstellung nach rechts führen mußte, ist von mir im Central-Ausschuß in Berlin bekämpft worden, da ich als den besten Kampf gegen die Sozialdemokratie den Kampf nach rechts ansehe. Ich blieb mit dieser Anschauung fast allein in der Minorität. Auch die Wahlparole bezüglich der Stellung der Partei zu den neuen Handelsverträgen habe ich für unrichtig gehalten, weil nach meiner Auffassung für eine Volkspartei Handelsverträge, welche den bisherigen thatsächlich bestehenden Getreidezoll erhöhen, nicht diskutabel sein sollten. Die Flugblätter der Partei aber erklärten diesen Standpunkt für einen „handelsvertragsfeindlichen“. Die Stellung, welche hier in Königsberg zwischen Haupt- und Stichwahl gegenüber der konservativen Partei eingenommen wurde, zeigte mir dann die grundsätzliche Abweichung meiner politischen Gesamtanschauung von der Majorität in so grellem Lichte, daß ich mich eines Vertrauensbruches der Partei gegenüber schuldig gemacht hätte, wenn ich das mir vom Wahlverein anvertraute Amt des zweiten Vorsitzenden weiterhin behalten hätte.“ Bei dieser Gelegenheit erwähnt man noch, daß die Königsberger Parteileitung seiner Zeit die Gründe, mit denen Krieger seine Demission rechtfertigte, der Öffentlichkeit unterzögen hat. Krieger hat schon am 2. Juli die Schwenkung der Freisinnigen in der Zollfrage durch ein Schreiben an den Wahlverein gebrandmarkt, das von diesem verheimlicht worden ist. In diesem Schreiben führte Krieger u. a. aus: „Ich kann nicht die Schwenkung mitmachen, welche die Partei in der Zollfrage vollzogen hat, ich stehe vielmehr auch heute noch auf demselben Standpunkt, den die Partei vor Annahme des Tarifs eingenommen, und dem sie in ungezählten Resolutionen allerorts sowohl wie auch hier in Königsberg Ausdruck gegeben hat; in allen Resolutionen aber ist festerlichst versichert worden, daß für die Partei ein höherer Zollfuß als 3,50 M. auf Brodgetreide im Interesse der Volksernährung unannehmbar sei. Hierzu kommt, daß der Vorsitzende des Wahlvereins in der Vertrauensmänner-Versammlung in der Bürgeressource

am 19. Juni d. J. erklärt hat, daß „wir den Konser-vativen zu größtem Danke verpflichtet seien“ dafür, daß sie in der Stichwahl für uns und gegen den Sozialdemokraten stimmen wollten. Nach den politischen Anschauungen, die ich seit nunmehr 25 Jahren unverändert hege und verrete, ist es mir ganz unmöglich, auch nur an dem Schein einer Verpflichtung — und wäre es auch nur eine solche konventionellen Dankes — einer Partei gegenüber theilzuhaben, die ich ihrer volksfeindlichen Bestrebungen wegen stets auf das energichste bekämpfen muß und die mir stets als die größte Gegnerin des Volkswohles und der Volksrechte und damit als die ärgste und schlimmste Feindin demokratischer Weltanschauung erschienen ist.“ — Herr Eugen Richter thut auch diesen unangenehmen Zwischenfall mit einem jener berühmten „Auszüge“ der „Freisinnigen Ztg.“ ab, gegen die man jüngst einen Schutzverband zu gründen rieth. Wenn alle Eugen verlassen, er bleibt unentwegt, so lange er noch seinen Müller-Sagan und seinen Kopsch, von den Keinen Heise's ganz zu schweigen, hat.

Herr Ballin und das Reichstagswahlrecht. Kürzlich sprach, wie die „Frankf. Ztg.“ mittheilt, der Abg. von Gerlach in einer vom liberalen und vom national-sozialen Verein veranstalteten Versammlung in Hamburg über das Thema „Liberalismus und nationaler Sozialismus“. Bei dieser Gelegenheit erwähnte er, daß einer ihm zugegangenen authentischen Mittheilung nach Herr Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie sich vor kurzem ernstlich bemüht habe, ein großes Hamburger Blatt zu einer Stellungnahme gegen das bestehende Reichstagswahlrecht zu veranlassen; diese Bemühungen seien jedoch ohne Erfolg geblieben. Damit könnte nur der „Hamb. Korr.“ gemeint sein, da die „Hamb. Nachr.“ schon seit Jahren gegen das Reichstagswahlrecht Sturm laufen. v. Gerlach betonte, daß er diese Mittheilung absichtlich veröffentlichte, da es bei den Beziehungen Ballins von hohem Interesse sei, zu wissen, ob derselbe wirklich in solcher Weise an der Untergrabung des Wahlrechts arbeite. Wenn Herr Ballin hierauf schweige, so wisse man genug. — Bisher hat sowohl Herr Ballin, als auch der „Hamb. Korresp.“ geschwiegen, und Schweigen ist in diesem Falle auch eine Antwort.

Nach sächsischem Rezept will die Nordd. Allg. Ztg. Preußen von der Sozialdemokratie kurieren. „Jede Epoche“, schreibt das offiziöse Blatt, „hat ihre Aufgaben, die in erster Reihe eine Lösung erheischen. In absehbarer Zeit jedoch wird schwerlich ein innerpolitisches Problem hervortreten, das in höherem Maße die Aufmerksamkeit der Deutschtlichen erfordert, als das Problem, die irreführenden Massen von dem materiellen und moralischen Terrorismus zu befreien, den die Sozialdemokratie über sie ausübt.“ — Die preussische Regierung verfährt in ihrem Blatte das Programm der vollständigen Impotenz, des absoluten politischen Stillstandes. Sie will streifen, bis der letzte Sozialdemokrat seinen letzten Seufzer ausgehaucht hat. Wo bleibt da die positive Arbeit, an der sich die Sozialdemokratie betheiligen soll? Und wer ist es, der „nur negieren“, nur zerhören will? Hauptmann hat im „Siberpelz“ den preussischen Affessor geschildert, der Sieben eine gerade Zahl sein läßt, weil er den Staat retten muß. Herr v. Behrshahn ist inzwischen Minister geworden und seine Maxime preussischer Regierungsprogramm. Und das alles, um nur ja die Wahl jener paar Sozialdemokraten zu verhindern, die unter dem jetzigen Wahlsystem in den preussischen Landtag gewählt werden könnten! Das Wort aber, daß sich alles um die Sozialdemokratie drehe, ist von der Zeit überholt worden. Jetzt steht alles um sie still.

Wegen Wahlfälschung freigesprochen wurde am Dienstag von der Strafkammer in Erfurt ein Maurer, der in einem benachbarten Orte anständig ist, in Erfurt während der Woche arbeitet und wohnt, deshalb in beiden Orten eingetragen war und zweimal gewählt hatte. Zur Begründung des Urtheils führte der Vorsitzende aus: Der Angeklagte stand zweimal in den Wahllisten, in die er ohne sein Zutun gekommen war, er war deshalb formell befugt, das Wahlrecht doppelt auszuüben. Nur die formelle Seite der Sache habe das Gericht zu prüfen gehabt.

Die Wahlreform im bayerischen Landtag. Dienstag hat die bayerische Kammer den Entwurf zur Wahlgesetzreform einer vorläufigen Diskussion unterzogen und ihn schließlich einem Ausschusse zur Vorberatung überwiesen. In der Debatte ließ sich bereits, trotz der großen Reserve, die sich die Redner mit Ausnahme unseres Genossen Segitz anfertigten, ein bedeutendes Auseinandergehen der Meinungen erkennen. Die beiden Redner des Zentrums und der Liberalen, Rüdorffer und Hamerschmid, erklärten sich zwar grundsätzlich mit dem Entwurfe, der heute das Mindestmaß des Erreichbaren darstelle, einverstanden, beide versicherten die Bereitwilligkeit ihrer Parteien, jedes Opfer für das Zustandekommen des Entwurfs zu bringen. Trotzdem aber wurde bei der Wahlkreis-Eintheilung hier die Unmöglichkeit, dort die städtische Bevölkerung für unerschöpflich beach-

heiligt erklärt. Scharf sprach sich Abgeordneter Kuborf-fer gegen die Festsetzung einer Mindestzahl von 1500 Wählern für einen Wahlbezirk aus, dadurch werde auf dem Lande bei großen Entfernungen geradezu die Allgemeinheit der Wahl gefährdet. Für vollständig unannehmbar erklärte den Entwurf der Wortführer der Freien Vereinigung (Bauerbund) Hilpert. Auch Genosse Segitz hatte sehr viele Anstellungen. Er trat für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ein. Sämtliche Redner beanstandeten das 30. Lebensjahr als Voraussetzung der passiven Wählbarkeit und verlangten Wahllokalen und Spitzlerzellen. Gerügt wurde auch die große Zahl der zweimännigen Wahlkreise. Der Minister des Innern erklärte die ersten zwei Wünsche für annehmbar. Im Uebrigen warnte er vor allen großen Abweichungen von dem Entwurf, der für die Regierung das Höchstmäß der Konzessionen enthalte, die beilligt werden könnten. Bei der Wahlkreiseinteilung habe man sich bemüht, objektiv zu sein, sei aber gerade deswegen sicher, der Beifall keiner Partei zu finden. Es werde jedoch daran im Wesentlichen festgehalten werden müssen, denn die Zugrundelegung der Amtsgerichtsbezirke sei der einzige objektive Maßstab; die Anwendung derselben erkläre auch die große Zahl der zweimännigen Wahlkreise, welche da erfolgt sei, wo ein Amtsgerichtsbezirk zu klein, zwei zu groß für einen Abgeordneten gewesen seien. Die Schaffung zu kleiner Wahlbezirke halte die Regierung nicht für wünschenswert, weil dadurch die Geheimhaltung der Wahl erschwert sei.

Eine neue politische Partei ist Dienstag Abend in Hannover unter dem Namen „Mittelstandsvereinigung“ mit 114 Mitgliedern gegründet worden; dieselbe soll sich, dem „Hann. Cour.“ zufolge, über ganz Deutschland ausdehnen und „die Zusammenfassung der Angehörigen des erwerbthätigen deutschen Mittelstandes bezügl. Wahrung seiner Berufs- und Standesinteressen bei den politischen und den Gemeindeverhältnissen“ bezwecken. Die nächste Thätigkeit soll sich auf die Einwirkung bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen richten. Zum Vorsitzenden wurde Bürgervorsteher Küster gewählt, weiter noch in den Vorstand 13 Hauswerker und Kaufleute. — Wenn irgend etwas überflüssig war, so die Gründung dieser „Partei“.

Hüffners Strafe. Wie die „Saale-Zeitung“ mittheilt, kann man den Jahrgang Hüffner täglich von Nachmittag 2 Uhr ab in Begleitung eines Offiziers auf dem Breitenweg oder sonst einer der Hauptstraßen Magdeburgs promeniren sehen. Hin und wieder bringt er auch seine freien Stunden in einem Restaurant zu.

In Sechzehn, meist überfüllten Parteiversammlungen demonstrierte Dienstag Abend die Arbeiterkassette Berlins gegen die Ansetzung der Zeit für die Urwahl zum Landtag auf 2 Uhr Nachmittags. Das „elendeste aller Wahlsysteme“, das preussische Landtags-Wahlrecht, bezeichnete bekanntlich an sich schon die große Klasse des Volkes im schlimmsten Maße, ja macht sie geradezu rechtlos. Es liegt hier nicht nur an der Klassenungleichheit allein, sondern vor allen Dingen noch daran, daß nicht einmal jede Klasse ihren Abgeordneten wählen darf, sondern daß die Wahl durch die sogenannten Wahlmänner aller drei Klassen gemeinsam geschieht, und so die dritte Klasse nicht von den beiden ersten überstimmt werden kann. Aber selbst das Recht der Wähler, einen Wahlmann zu ernennen, ist mit jodlicher Schranken umgeben, die unermesslich für den auf seiner Hände Arbeit Angekommenen oft unüberwindlich sind, daß die geringe Bezahlung an den Landtagswahlen sich theilweise schon daraus erklärt. Es war deshalb schon ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, daß der liberale Berliner Magistrat, daß die fernjährige Stadtverordneten-Versammlung wenigstens das für thate, der Arbeiterkassette, die nun einmal ausgeschlossen ist, löse es was es wolle, sich diesmal an der Wahl zu beteiligen, die Dofen an Zeit und Geld nach Möglichkeit zu ersparen, welche eine allzu frühe Übernennung des Wahltermins verursachen würde. Die große, die übergroße Mehrheit der Wähler gehört dem Arbeiterstande an und schon deswegen mußte bei Ansetzung des Wahltermins auf die Verhältnisse dieser Mehrheit vor allen Dingen Rücksicht genommen werden. Statt dessen hat man die Rücksicht auf die bloße Stimmzahl der künftigen Minorität über die Rücksicht auf das materielle Interesse der übergroßen Mehrheit gestellt! Die Einführung, die Dienstag in den Verhandlungen dem Verhalten der trägen Stadtverordneten-Reformist gegenüber für bemerkbar machte, war eine charakteristisch. Man war sich einig darüber, daß man nicht über gerade deswegen die Thronkrone der Berliner Arbeiter an der Bundestage eine demonstrative Imitation und daß man die Angelegenheit ernsthaft für die kommenden Stadtverordnetenwahlen nicht vergesse dürfe. „Hann.“ müßte es heißen, „mit diesem System und dem Richter Gohl.“ In allen Parteiverhandlungen wurde in höchster Weise die Ansetzung der Urwahl auf 2 Uhr Nachmittags als eine weitere Entwertung der Arbeiterklasse durch eine liberale Stimmrechnung verurtheilt. Die Stadtverordneten verpflichteten sich, trotz ihrer verführten Zustimmung in der Ansetzung des Wahltermins mit aller Kraft die Argumente für die Landtagswahlen zu betreiben und bei den kommenden Stadtverordneten-Wahlen durch Erklärung der Sozialdemokratie die brutale liberale Majorität zu bezeichnen.

Verhaftung eines Leinwandhändlers. Der „Sonniger“ H. wurde heute Nachmittag 11 Uhr in der Vorstadt verhaftet und in die Polizeigefängnisse verbracht. Die Ursache der Verhaftung habe ein von H. verfaßtes Pamphlet, in welchem die Verhältnisse der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen in höchst ungünstiger Weise geschildert seien sollen.

Zum bayerischen Reichertum. In München wird das Gerücht verbreitet, daß ein gewisser Herr, welcher sich auf die von dem Reichertum gemachten geringen Erträge ausbeutet, die Einziehung der dortigen Einkommensteuer in Bayern anzuheben wolle. — Die Zeitung sagt, daß der Reichertum, der Reichertum noch vor einem Jahr mit dieser „Angelegenheit“ in München hätte, wenig bekannt war.

Ein Jagdverbot. Ein Jagdverbot ist in der Gegend von Berlin, gegen den Herrmann und Reichertum der „Reichertum“ H. Salis, erlassen worden, weil er sich wegen Jagdverbot, wenn er die Jagdverbot verbot, daß die Reichertum Jagdverbot im nächsten Jahre

15 000 Mk. Steuern an die Kreisasse zu viel abgeführt hat. Man hat sich bisher aber nicht entschließen können, Herrn Salis in Zeugniszwanghaft zu nehmen. Statt dessen sind ihm jedoch von der Gemeindeverwaltung die amtlichen Anzeigen und die Druckaufträge, die er bisher erhielt, zur Strafe entzogen worden; jedenfalls eine ganz neue Art, mißliebige Feigen zu bestrafen. Bei der Bureaucratie scheint die Vorstellung unausrottbar zu sein, daß es nicht sowohl auf die Befreiung von Mißständen ankommt, als vielmehr darauf, solche Mißstände nicht an die Öffentlichkeit kommen zu lassen, oder, wenn es doch gescheh, den unbewussten Entwürfen so viel wie möglich zu schamieren.

Ein Schulknabe wegen Majestätsbeleidigung bestraft. Das Landgericht Barmen verurtheilte nach der „Frankf. Zig.“ den vierzehnjährigen Schulknaben Reinhold Graf wegen Majestätsbeleidigung zu einem Monat Gefängnis. Läßt sich wirklich annehmen, daß der Knabe sich der Bedeutung einer Majestätsbeleidigung überhaupt bewußt war?

Die deutschen Schutzgebiete im Verhältnis zur Arbeiterversicherung behandelt eine bemerkenswerthe neue Entscheidung des Reichsversicherungsamtes. Verschiedentlich hatten schon Berufsvereinigungen, Versicherungsanstalten und Schiedsgerichte sich in Einzelfällen dahin ausgesprochen, daß die Unfall-, Invaliden- und Altersrenten solcher Personen, die sich in den Schutzgebieten aufhalten, für die Zeit dieses Aufenthalts zu ruhen haben. Das Schiedsgericht für Hamburg ging sogar so weit, in diese Aufenthaltszeit außerhalb des Inlandes auch schon die Ueberseefahrt einzuschließen. Das Reichsversicherungsamt ist diesen Ansichten, nach dem „Berl. Tgl.“, im Allgemeinen beigetreten. Nach den Arbeiterversicherungsgeetzen werde nur unterschieden zwischen Inland und Ausland, während den deutschen Schutzgebieten sozialpolitisch eine besondere Zwischenstellung zum Vaterlande nicht angewiesen sei. Diese Gebiete müssen deshalb versicherungsgesetzlich solange als „Ausland“ betrachtet werden, bis nicht der Bundesrath für die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen über die Rentenruhe im Allgemeinen Ausnahmeregelungen erläßt. Ergibt sich die Nothwendigkeit hierzu, so werden solche Ausnahmeregelungen im Bundesrath um so weniger Widerspruch finden, als man in ähnlicher Hinsicht ja schon mit manchen Bundesstaaten Oesterreich und Italien besondere Vereinbarungen getroffen hat. Im Uebrigen wird die ganze nicht unwichtige Frage einmal erst zur grundsätzlichen Entscheidung reif, wenn deutsche Reichsangehörige, die Unfall-, Invaliden- oder Altersrentenanprüche haben, ihren Wohnsitz dauernd oder doch vorübergehend für längere Zeit nach anderen Schutzgebieten verlegen. In den bisher zur Entscheidung gelangenen Fällen hat es sich immer nur um vorübergehende Ueberstellungen gehandelt.

Neue Konflikte in Sicht? Aus Santo Domingo wird gemeldet, daß der deutsche Konsul jetzt bei der dortigen Regierung Entschädigungsforderungen für die Verluste geltend mache, die den Deutschen bei den politischen Wirren der jüngsten Zeit in der Republik erwachsen seien.

Mexikanische Kämpfe. Eine Anzahl Parteigänger aus Mexiko und St. Domingo hatten an einem Sonntag im Juni, während der Wahlbewegung, eine Flugblattverteilung im äußersten Theile des Kreises Acapulco, an der mexikanischen Grenze, vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit kamen sie auch in das Dorf Amern-St. Anton, dessen Einwohner sehr fromme katolische Leute sind. Kaum hatte der Dekret, welcher mit seinem Kirchenchor eine Gesangsprobe abhielt, von der Anwesenheit der Sozialdemokraten erfahren, als er auch schon seine Frauen aufriefe, die Flugblattvertheiler aus dem Dorfe zu treiben. Selbstverständlich kamen die frommen Frauen sofort der Aufseher nach und drangen, mit Knütteln und Steinen bewaffnet, auf unsere Gesellen ein. Diese räumten schnell, der Uebermacht weichen, das Dorf, trugen aber doch mehr oder minder schwere Verletzungen davon. Gegen den Pfarrer und einige seiner „frommen“ Pfarrkinder ist bei der Staatsanwaltschaft in Ochoa Anzeige wegen des Ueberfalls erstattet, doch schwebt die Untersuchung noch; dagegen standen vier anderer Gesellen dieser Tage in Zellen vor dem Schiedsgericht, weil sie durch die Flugblattverteilung in Amern-St. Anton eine Entheiligung des Sonntags begangen. Das Gericht kam zu einem Freispruch; es fand auf dem Standpunkte, daß die Verbreitung von Flugblättern keine Arbeit sei, durch welche der Sonntag entheiligt werde. Interessant war, daß der Richter dem Dekret, welcher als Zeuge erschienen war, noch eine Vorlesung aus Knigges Umgang mit Weibern halten mußte. Zuerst mußte der Richter ihn darauf aufmerksam machen, daß es absolut unzulässig sei, die angeklagten Gesellen als räuberische Buryschen zu bezeichnen, wie es der Pfarrer that. Dann wies er ihm die Ermahnung mit auf den Weg, seinen Pfarrangehörigen eine bessere christliche Erziehung angedeihen zu lassen, damit solche rasche Exzesse, wie solche dort im Dorfe vorgekommen, in Zukunft nicht mehr vorkommen. Man kann gespannt sein, ob es in der Ueberfallsaffäre auch zur Anklage kommt, oder ob es „unmöglich“ ist, die Thäter zu ermitteln.

Wieder ein Soldatenjünger. Nach einer Meldung der „Welt am Montag“ verurtheilte das Kriegsgericht der 10. Division in Posen den Unteroffizier Schwankel vom 6. Grenadierregiment wegen Mißhandlung Untergebener in 15 Tagen zu 2 Monaten Gefängnis.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Freigegeben von der Anklage der Majestätsbeleidigung ist am 21. April der Maurer Paul Teuber in Niederlungau. Die von der Staatsanwaltschaft hiergegen eingeleitete Revision wurde letzten Dienstag vom Reichsgericht verworfen. — Wegen Majestätsbeleidigung durch die Presse ist am 9. Mai vom Landgericht S. O. S. i. Br. der Redakteur der sozialdemokratischen Königsberger „Volkszeit.“, Julius Berger, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Ueber seine Revision, in welcher Verlesung des Begriffs der Majestätsbeleidigung gerügt war, wurde ebenfalls Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung des Recursus.

Neue politische Nachrichten. In Madengejuhe des Redakteurs Böttcher und des Verlegers des „Mittelständischen Monatsheft“ Dr. v. d. Hoffmann, in der „Mittelständischen Monatsheft-Zeitung“ sind, wie das Blatt mittheilt, abgelehnt worden. Beide hatten erachtet, die gegen sie wegen Verleumdungen in der Königsberger Angelegenheit erlassenen Gefängnisstrafen von 12 bzw. 6 Monaten in

Zeitungshaft anzumwandeln. — Aus Belgrad verlautet, daß die in Risch verurtheilten Offiziere auf seine Begnadigung zu rechnen haben. — In Bilbao (Spanien), wo es bekanntlich dieser Tage zu blutigen Streitereien zwischen Liberalen und Liberalen kam, wurde ein Jesuitenpater unter der Beschuldigung verhaftet, dem Gläubigen im Beichtstuhl zum Angriff auf die Liberalen gerathen zu haben. Der Präfect nahm seinen Abschied. Mehrere Karlisten sind verschwunden.

Rußland.

Belagerungszustand. Wie aus Petersburg gebracht wird, sind die Städte Witebsk und Winsk mit ihren Kreisen sowie die Stadt Alexandra im Gouvernement Erivan in den „Zustand des verstärkten Schutzes“ erklärt worden, was soviel heißt, daß über sie der Belagerungszustand verhängt wurde. Jedenfalls haben dort Unruhen stattgefunden, über die aber bisher je Meldung unterbrocht wurde.

Der große Prozeß gegen die Israeliten Guntermann, Hochmann und Genossen, die gelegentlich der Judenrevolte eine Patrouille überfielen und die verhafteten Israeliten zu befreien versuchten, wurde in Brest von dem Wilnaer Appellhof unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Die Beweisaufnahme ergab, wie aus Warschau gemeldet wird, daß die damaligen Berichte außerordentlich übertrieben waren. Die beiden Hauptangeklagten erhielten je 18 Monate Zwangsarbeit, eine Frau ein Jahr Gefängnis, drei Angeklagte je 8 Monate Gefängnis; fünf Israeliten wurden freigesprochen.

Italien.

Ueber Wahlrechtsreformbestrebungen in Italien wird dem „Hann. Cour.“ aus Rom geschrieben:

„Während in verschiedenen deutschen Staaten die Wahlrechtsfragen auf der Tagesordnung stehen, hat man auch in Italien, und zwar auf liberaler Seite, begonnen, eine Abänderung des geltenden Wahlrechts zu fordern. Italien leidet heute daran, daß der einzelne Wahlkreis zu klein ist und daher ein dankbares Feld für Wahlbeeinflussungen und Korruption bietet. Es giebt Wahlkreise mit kaum 1000 Wahlberechtigten, und ein Kandidat, der im Kreise großen Grundbesitz hat oder der bereit ist, für jede Wahl 50 000 Francs auszugeben, ist seiner Sache sicher. Berühmt sind z. B. die sizilianischen Wahlkreise Caccamo und Roto, die zusammen etwa 3000 Wähler haben, worunter 1860 Bauern und Pächter der Familie Rudini. Natürlich wird in Caccamo der frühere Ministerpräsident Rudini immer einstimmig gewählt und in Roto entweder ein Sohn oder ein Neffe von ihm. — Eine weitere sehr bedeutende Folge dieses Zustandes ist, daß notorische Gallanten, die über Geld und Einfluß verfügen, sich ein Deputiertenmandat behaupten können. So ließ sich z. B. 1897 ein Abenteuerer, der sich Prinz Carovigno nannte, im toskanischen Wahlkreise Pietrasanta mit Aufwande von Hunderttausenden wählen, nachdem er durch Erbschaftserei in den Besitz eines Millionenvermögens gekommen war. Da sich herausstellte, daß der Gewählte, obendrein Triestiner, also österreichischer Unterthan war, erklärte das Parlament die Wahl für unzulässig. Carovigno ließ sich wiederwählen und verlangte Naturalisation, was die Regierung ablehnte, daher abermalige Annulirung der Wahl. Allein der Patron setzte mit seinen Millionen durch, daß er in neun Erzwahlen wieder gewählt wurde, obwohl ihn die Kammer natürlich immer wieder hinauswarf. Solche Fälle veranlassen jetzt zu der Erwägung, ob es nicht besser sei, das Wahlrechtssystem durch ein Systemwahlrecht zu ersetzen, bei dem jede Provinz einen einzigen Wahlkreis bildet und wobei die Wahl auf Grund von Klientel und Korruption unmöglich oder doch ungeheuer erschwert wird, da es sich dann (wie in Deutschland) um Wahlkreise von 40 000 und mehr Wählern handelt. Ein ähnlicher Versuch wurde schon in Italien 1882 bis 1891 gemacht, doch hatte er keinen Bestand, weil es eben dem Widerstande der geschädigten „Interessenten“ gelang, die Reform rückgängig zu machen, von der man im Interesse der politischen Moral nur wünschen kann, daß sie diesmal gelingen möge. Verbunden werden soll damit die Einführung von Diäten für die Abgeordneten und die Herabsetzung der Altersgrenze für das passive Wahlrecht von 30 auf 25 Jahre. Harte Kämpfe wird es geben, ehe die Kammer einer solchen Reform zustimmt.“

Frankreich.

Die Unruhen in Armentieres dauerten Dienstag Abend bis gegen 9 Uhr. Bei Einbruch der Dämmerung errichteten die Reuterer aus Einrichtungsstücken, die sie aus den Häusern geraubt hatten, aus Eisendraht und Pflastersteinen Barricaden. Ein Fabrikant wurde auf der Straße angefallen und gegen ihn ein Revolvergeschuß abgefeuert, der jedoch fehl ging. Ein Haus wurde in Brand gesteckt und die Feuerwehr verhindert, den Brand zu löschen, so daß Soldaten die Löscharbeiten übernehmen mußten. Dank dem starken Militäraufgebot trat allmählich wieder Ruhe ein. Nach der „Petite Republique“ sind die Unruhen von Lospiz einherbergerufen worden. Der Abg. Gerault-Richard schlägt den Präfecten des Norddepartements wegen der Vorgänge offen an und beschuldigt ihn, die durch die Nachrichtenagenturen an die Pariser Zeitungen geschickten übertriebenen Darstellungen von den Vorgängen im Streitgebiet verschuldet zu haben.

England.

Der englisch-französische Schiedsgerichtsvertrag ist nunmehr beiderseits unterzeichnet worden. Danach sollen Streitigkeiten juristischen Charakters oder Streitigkeiten, die sich auf die Auslegung der zwischen England und Frankreich bestehenden Verträge beziehen und nicht auf diplomatischem Wege ausgeglichen werden können, dem ständigen Haager Schiedsgerichtshof unterbreitet werden. Dies soll jedoch nur unter der Bedingung geschehen, daß die Streitigkeiten weder vitale Interessen noch die Unabhängigkeit und die Ehre der Vertragsmächte betreffen oder die Interessen dritter Mächte berühren. In jedem einzelnen Falle sollen die Vertragsmächte, bevor sie sich an den Schiedsgerichtshof wenden, ein Spezialabkommen unterzeichnen, in dem das Streitobjekt, der Umfang der Befugnisse der Schiedsrichter und die Einzelheiten über die Bildung des Schiedsgerichts genau bestimmt werden. Die Uebereinkunft gilt auf fünf Jahre.

Bulgarien.

Die Arbeiter in Sofia versammelten sich am 11.

Oktober. Nachdem ein Referat über „Die letzten Ereignisse in Mazedonien und die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ entgegengenommen, wurde von der stark besuchten Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: 1. Im Namen des Prinzipals des internationalen Kampfes gegen jede Tyrannei, namens des sozialistischen Ideals appellieren die Arbeiter in Sofia an die europäische Sozialdemokratie und bitten sie, ihre gewaltige Stimme gegen die türkische Tyrannei zu erheben, die von dem kapitalistischen Europa unterstützt wird. 2. Die Versammlung ersucht das Zentralkomitee der bulgarischen sozialdemokratischen Partei, einen umfangreichen Bericht über die gegenwärtigen Zustände in Mazedonien dem internationalen sozialistischen Bureau einzureichen, um das letztere in die Lage zu setzen, allenfalls einen Protest der ganzen europäischen Sozialdemokratie gegen den türkischen Barbarismus vorzubereiten.

Bereinigte Staaten.

Ein nordamerikanischer Zollverein? Londoner Blätter berichten aus New York über den Beginn eines Feldzugs in den Vereinigten Staaten zu Gunsten eines nordamerikanischen Zollvereins. Mehrere Journalisten, die das Vertrauen Roosevelts besitzen, haben den Feldzug bereits in verschiedenen Blättern begonnen.

Arbeiterentlassungen. Die „Frankf. Zig.“ meldet aus New York, daß die Eisenbahnen vor Monatschluß 20 000 Arbeiter entlassen werden.

Eine Riesendeute haben die Baumwollspekulanten ergattert. Mit einem Gewinne von 30 Millionen Mark hat der Baumwoll-Corner abgeschlossen, der unter Leitung von M. B. Brown zu New-Orleans im Laufe des Sommers bestand. Die Aufkaufgruppe war gut organisiert, und zeitweise soll der Cocher Baumwolle im Werte von 120 Millionen Mark in Händen gehabt haben. Die Preise wurden von 7,25 bis auf 13,15 Dollars für den Ballen in die Höhe getrieben. Wie die im Reichsausschuß des Saanen herausgegebenen „Berichte für Handel und Industrie“ nach dem Chicagoer „Economist“ mitteilen, stammte das Kapital des Baumwoll-Corners zum größten Teil aus Europa; dorthin ist auch ein großer Teil des Gewinnes entfallen. Die Verkäufer waren in der Hauptsache Händler aus New York und Chicago. Im Landwirtschaftsdepartement der Regierung war man über den Baumwoll-Corner sehr aufgebracht, und der Sekretär Wilson erklärte die betreffenden Spekulanten als Spieler. Schwer getroffen sind auch die in den amerikanischen Spinnereien beschäftigten Arbeiter. Beinahe alle waren Monate hindurch arbeitslos, weil die Baumwollpreise die Spinnerei unrentabel machten. Wenige Millionen arbeitslos sind nun Millionen ein und zehntausende Arbeiter müssen hungern und darben. Das zeigt die Herrlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dem Gelde merkt man es nicht an, daß Menschenblut daran klebt. Die Heiser der Gelbes werden hoch geehrt und gepriesen. Solche Räuber werden in immer verstärktem Maße getrieben werden, bis das Proletariat an Stelle der kapitalistischen Gesellschaft setzt.

Amerika.

Ein neuer Krieg in Mittelamerika? Nach Meldungen, die in New-York aus Panama eingetroffen sind, glaubt man dort, daß Nicaragua und Guatemala im Begriff sind, San Salvador und Honduras den Krieg zu erklären. Die Regierung von San Salvador trifft bereits Vorbereitungen, die Truppen Guatemalas, die 10 000 Mann stark mit Artillerie anrücken, zurückzuschlagen.

Die chilenische Regierung befürchtet den Ausbruch eines Aufstandes in Iquique. Der Präfekt hat deshalb die Ermächtigung erhalten, die strengsten Maßregeln zu ergreifen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte.

Ostasien.

Zur Lage. Die Verhandlungen betreffend die manchurische und die koreanische Frage nehmen nach einem Telegramm, das dem japanischen Gesandten in Paris aus Tokio zugeht, einen normalen Verlauf, nichts deutet auf einen Bruch zwischen Japan und Rußland hin. Die im Auslande verbreiteten beunruhigenden Gerüchte sollen vollkommen unbegründet sein. — Wie der „Nowy Krai“ meldet, hat der russische Statthalter General Alexjew Post Artbur zu seiner Residenz erwählt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 15. Oktober 1903.

Den Gewerkschaftsvorständen zur gefälligen Kenntnisnahme. Die am Mittwoch tagende Kartellversammlung hat beschlossen, daß die Vorschläge für die Gewerbegerichts-Beisitzer bis zum 5. Novbr. an die Kartellkommission zu erfolgen haben. Vorschläge, welche auf die Liste kommen sollen, sind bis Donnerstag den 5. Novbr. Abends an die Kartellkommission per Adresse Vereinshaus einzusenden. Die nächste Kartellversammlung findet am Sonnabend, den 7. Novbr. statt.

Das Stadthallenprojekt wurde in der Versammlung des Bürgerrechtsvereins einer eingehenden Kritik unterzogen. Einstimmig fand folgender Beschluß Annahme: „Die zahlreich besuchte öffentliche Versammlung des Bürgerrechtsvereins ersucht den Bürgerausschuß, den Antrag von Herrn Dr. Neumann betr. Gewährung einer Hypothek an die Stadthallengesellschaft abzulehnen, weil sich der Staat prinzipiell nicht in solche zweifelhaften Unternehmungen einlassen sollte.“ — Die gegen das Projekt gerichteten Stimmen aus der Bevölkerung mehrten sich erfreulicherweise!

Bei der Einweihung des Lehrer-Seminars am langen Lohberg, die dieser Tage erfolgte, richtete der neue Leiter desselben, Herr Direktor Dr. Mühlhölzer, an die Schüler die Aufforderung, den Geist eifriger Frömmigkeit und eifrigen wissenschaftlichen Strebens zu heiligen. Der Herr Direktor scheint hierbei jedoch vergessen zu haben, daß, wo „echte Frömmigkeit“, d. h. im schultechnischen Sinne: Mühserei, vorherrscht, kein Raum mehr ist für eifriges wissenschaftliches Streben. Letzteres kann nur dann zur vollen Höhe gelangen, wenn es jeder hemmenden Fesseln entledigt ist.

Gegen jegliche Einführung von Wassermessern sprach sich die geführte Versammlung des Bürgerrechts-

vereins aus. Es wurde eine diesbezügliche Resolution angenommen.

Die Buchbinder haben über folgende Firmen die Sperre verhängt: Berlin, Hohenschilb, Wessel und Burmester. Kein Buchbinder darf dort eher in Arbeit treten, bis die Sperre aufgehoben ist.

Zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen der Hanja-Meierei und dem Verein der Milchhändler und Holländer resp. dem Verein Lübecker Milchhändler kam es gestern Abend in der öffentlichen Versammlung des Bürgerrechtsvereins. In einem Referat hatte Herr Th. Ehlers vom Verein der Milchhändler und Holländer behauptet, die Hanja-Meierei plane eine Milchvertheuerung. Das führte zum Konflikt, der beweist, daß es mit der Einigkeit der Milcher denn doch nicht weit her ist. Der milchkonsumierenden Bevölkerung Lübecks kann dieser Streit zwischen den Brüdern nur recht sein, ist doch Hoffnung vorhanden, daß unter solchen Umständen der geplante Überlaß unterbleibt.

Der Bürgerausschuß genehmigte gestern zunächst einige kleinere Landausstöße in der jetzigen Werderstraße, der Verbindungsstraße zwischen Marktstraße und Heinrichstraße. Sodann wurde ein die Aufbesserung des Amtseinkommens der Pfarrstellen zu Behlendorf um 1200 Mk., Genin und Schlutup um je 500 Mark aus dem Ueberfluß des St. Johannis-Jungfrauen-Klosters der Bürgerschaft zur Genehmigung empfohlen, ferner ein Antrag, die Vorlieberigkeit des gen. Klosters anzuweisen, zur Erleichterung der kirchlichen Abgaben den 3250 Mk. betragenden Rest eines im Jahre 1892 der Gemeinde Behlendorf gewährten Darlehens von 5000 Mark zu streichen. Das Ersuchen des Privatloosen Herrsch um Erhöhung der Entschädigung auf 6000 Mark wurde abgelehnt, desgleichen eine Eingabe von Bewohnern der Bismarckstraße um Beseitigung der dortigen Alleebäume. Der Entwurf eines die Verwaltungsbereichsprivilege betreffenden Gesetzes wurde der Bürgerschaft nach einigen Abänderungen zur Genehmigung empfohlen; desgleichen ein Gesetzentwurf, betreffend die Baualtlinien für den Schüsselbuden.

Nicht ungefahren, sondern in Folge eines Chumachis-anfalles beim Vorüberfahren eines Postwagens zu Boden gestürzt ist der 77 Jahre alte Mann, den Passanten der Hadenburger Allee Montag Abend mit einigen Hautabschürfungen dort auffanden.

Eine Warnung vor giftigen Farbstoffen erläßt das Medizinalamt in folgender Bekanntmachung: Durch einen in neuerer Zeit bekannt gewordenen Fall chronischer Arsenvergiftung infolge Verwendung arsenhaltiger Farbstoffe ist die Aufmerksamkeit darauf gerichtet worden, daß manche farbigen Mordarten und Blei enthalten, obwohl es der Technik möglich ist, muntergültige Farbstoffe in allen Farben unter Ausschluß solcher giftigen Bestandteile herzustellen. Die Untersuchungen haben gelegentlich einen Arsengehalt in bis etwa 1000 Tausendstel, gar in noch heftigeren Mischungen nachgewiesen, während Blei oder Bleisulfid in gelber, orange, rother, brauner, grüner und blauer Farbstoffe gefunden worden ist. Vergiftungen oder schädliche Wirkungen sind zu befürchten beim wiederholten Genuß von mit giftigen Farbstoffen durch Beschmutzung der Finger, Fingergeleichen der Hände in den Mund und Einatmen oder Verschlucken des zerbrockelten oder verstaubten Materials. Auch ist eine Aufnahme des Arsens durch die unversehrte Haut nicht ausgeschlossen. Es ergeht demnach an alle, die mit Farbstoffen zu thun haben, die Warnung, der möglicherweise giftigen Beschaffenheit dieses Materials eingedenk zu sein und bei der Verwendung desselben die gebotene Vorsicht und Heimlichkeit nicht außer Acht zu lassen.

Neuer Süßrichter. Der Senat im Einvernehmen mit dem Großherzoglich Oldenburgischen Staatsministerium, Departement der Justiz, hat den Königlich Preussischen Gerichtsrath A. Hagemann für die Zeit vom 15. d. Mts. bis zum 1. April 1904 dem Landgerichte der Freien und Hansestadt Lübeck und des Großherzoglich Oldenburgischen Fürstenthums Lübeck als Süßrichter beigeordnet.

Die Privatfahrre bei Travemünde wird wegen Umbauten für den Wagenverkehr vom 19. d. Mts. ab gesperrt.

Den Dienstarbeitsleistungen im September 13 Personen, darunter 3 Frauen.

Das schwindende Ufer. Die Senkungen der Uferstrecke beim Schuppen 18 haben trotz Abstützungen des Bollwerks noch nicht aufgehört. Vielmehr hat sich der Abbruch in der Nordwand des gen. Schuppens weitaus erweitert. Man nimmt jetzt Messungen in der Trave vor, um das Fortschreiten der Senkungen genau feststellen zu können.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helmmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden. Der Vorstand.

Ämliche Nachrichten. Der Senat hat am 10. d. M. E. J. H. Chr. E. Seig an Stelle des ausscheidenden J. H. E. Just zum bürgerlichen Deputirten bei der Vorlieberigkeit des Allgemeinen Krankenhauses erwählt. — Auf dem Gehörte des Hofmarschall Schwarze in Dillau ist der Ausbruch der „Kochhausseuche“ amtlich festgestellt worden, dagegen ist dieselbe auf dem Gehörte der Wittwe Lucas in Curau erloschen.

Das Schulgeld für sämtliche Schulen ist für das dritte Vierteljahr bis zum 24. Oktober zu entrichten.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 4. Dezember, 12 Uhr, das Standortpflanz 1 belegene, der Ehefrau des Bauunternehmers K. J. Kell, geb. Jandens, gehörende Grundstück.

ps. Eigenthumsvergehen. Von einem Passanten, der im Garten des dem Staate gehörigen Grundstücks (ehemalige Marten'sche Dampfmaschine) in der Fleischhauerstraße liegt, wurden die Zink-Dachrinnen gestohlen. Als Thäter wurde ein hiesiger Gelegenheitsarbeiter ermittelt, der den Zink bereits an einen Producentenhandwerker verkauft hatte. Gegen einen Maurergesellen wurde Anzeige wegen Diebstahls von Handwerkszeug erstattet. — Am 14. d. Mts., Nachmittags zwischen 4 und 8 Uhr, wurden in einem An der Mauer belegenen Hause mittelst Einsteigens 120 Mk. in Gold und 10 Mk. in Silber gestohlen.

pb. Kellerbrand. Heute Morgen gegen 4 Uhr wurde die Feuerwehrr nach dem Grundstücke Fischergrube Nr. 66 gerufen, wobei im Keller des Seitenflügels ein kleines Schadenfeuer ausgebrochen war, das durch die herbeigeeilte Feuerwehrr bald gelöscht wurde. Es verbrannten im Keller lagernde Vorräthe an Holz pp. Entstehungsursache ist noch nicht bekannt.

pb. Wo ist der Koffer? Am 30. v. M. ist einem Eisenbahnbeamten sein brauner, lackirter Leder-Handkoffer entweder gestohlen oder aus dem Badwagen verloren gegangen. Derselbe enthielt eine Koupierzange, eine Metallhufe und ein Portemonnaie mit 27 M., sowie einige Brutterbröde, und eine Flasche mit Kaffee. Personen, die

über den Verbleib des Koffers etwas wissen, werden ersucht, dem Postbeamten Miththeilung zu machen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg gerieth ein Arbeiter in die Transsaffion und erlitt tödliche Verletzungen. — Nach einer Meldung aus Wapenburg wurde bei Neßeborg auf der Ems ein Boot mit zwei Insassen von einem Schleppdampfer überannt; ein Mann ertrank.

Altona. Nachklänge von der Bahlagitation im Herzogthum Lauenburg. Bei der Stichwahl im genannten Kreise am 25. Juni, die unserem Genossen Lesche den Sieg brachte, war in dem Orte Gudow unser Genosse Th. Petercit anwesend und agitierte für unseren Kandidaten. Ohne sich erst die Erlaubniß dazu einzuholen, heftete er an verschiedene Bäume Zettel an, welche die Wahl unseres Kandidaten empfahlen. Dies Beginnen mußte nach Ansicht einiger kluger Dorfseher und der dortigen Behörde mindestens als Unfug angesehen werden, denn die Armen unschuldigen Zettel konnten auferregend und ärgernisregend wirken und möglicherweise die ganze Bevölkerung außer Stand und Band bringen. Gegen Petercit wurde auch eingeschritten und er mußte sich schließlich in Mölln vor dem Schöffengericht verantworten. Der Fall aber wurde vom Schöffengericht mit anderen Augen angesehen. Es taxirte die Gudower nicht so niedrig ein, daß sie über die Zettel sich aufregen und Vergerniß daran nehmen konnten, und sagte, Unfug liegt nicht vor. Aber es entbede, daß Petercit gegen das preussische Preßgesetz sich verständig hatte, welches das Ankleben und Anheften von derartigen Drucksachen an öffentlichen Wegen, Plätzen usw. verbietet, und verurtheilte ihn zu 5 Mark Geldstrafe, event. einem Tag Haft. Mit diesem Urtheil ist sich das Schöffengericht gründlich vorbeigelaufen, denn das preussische Preßgesetz vom 12. Mai 1851 ist in Lauenburg niemals eingeführt worden und hatte somit daselbst auch keine Gültigkeit. Petercit legte Verufung ein und das Landgericht sprach ihn auf Antrag des Staatsanwalts kostenlos frei. — Was alles als Verurtheilung angesehen wird. Ueber einen Bau in Lohstedt wurde im Juli die Sperre verhängt, doch klieben die dort beschäftigten Maurerarbeiten, obwohl sie Mitglieder des Bauarbeiterverbandes waren, in Arbeit. Hierauf soll der Bauarbeiter Peters einen in Arbeit Verthebenen schriftlich auf die Sperre aufmerksam gemacht und dabei die Niederwerdung gebraucht haben, daß er, wenn er die Arbeit nicht niederlege, in den Liten geführt werden müsse. Darin wurde eine Trohung durch Verurtheilung erklärt und B. wurde vor dem Schöffengericht angeklagt. Trotzdem der Anwalt Freisprechung beantragte, hielt das Schöffengericht den Angeklagten für schuldig und verurtheilte ihn zu 4 Tagen Gefängniß. Natürlich wird B. gegen das ganz unverständliche Urtheil Berufung einlegen.

Ortenen. Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es in 2 Parteiverfammlungen, die sich mit der Berichtserstattung vom Parteitag beschäftigten. In denselben erklärte Genosse v. Elm, daß er deshalb gegen den Vorstandsantrag, betr. die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern getrennt hätte, weil er denselben als eine Ungerechtheit betrachte; derselbe sei geeignet, ehrlich denkende Genossen um ihren Erwerb zu bringen. Man sehe in dem Genossen, der eine gegenheilige Meinung äußere, nicht mehr den Mitarbeiter für die Sache des Proletariats. Die Hauptschuld hieran trage Mehring, den Redner als „Kerl“, der für Parteigelder den Polizisten der Partei „wie, als Verräther“, als einen „Mann mit schlechtem Charakter“ bezeichnete. In seinen weiteren Ausführungen belagte Redner sich über Unterdrückung der Meinungsfreiheit innerhalb der Partei und meinte, daß man die Vizepräsidentenfrage in den leitenden Kreisen nicht in der Faktion auf schnelle Weise erledigen wollte. Sodann polemisierte er scharf gegen Rebel, den er der Demagogie beschuldigte. Zum Schluß erklärte Redner, daß er deshalb nicht für die Rebel'sche Resolution stimmen konnte, weil er sie für überflüssig halte; infolge des in der letzten Zeit gegen ihn unternommenen Kettenschreibens stelle er die Vertrauensfrage. In der nun folgenden Diskussion traten verschiedene Redner v. Elm scharf entgegen, während andere sein Verhalten guthießen. Schließlich fand eine Resolution Annahme, in der es zum Schluß heißt:

„Was die fernere Mitarbeit des Genossen Mehring an der Parteipresse anbetrifft, so liegt thatsächlich Grund genug vor, um von dieser abzusehen; doch wollen die Versammelten die angelegentliche Vertheidigungsschrift Mehrings abwarten, um ein endgültiges Urtheil in dieser Frage zu fällen. Jedenfalls aber darf der Partei die journalistische und literarische Befähigung eines Mannes für dessen parteigenössliche Bedeutung nicht unter allen Umständen maßgebend sein. — Bezüglich der Frage der Taktik erklärt die Versammlung, daß bei unserer Propaganda unser prinzipieller Standpunkt, die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft, unter allen Umständen gewahrt werden muß, daß eine Verschleierung dieses unseres Endzieles, die Abchwächung des Klassenkampfcharakters unserer Bewegung aus irgend welchen Opportunistischen Gründen entschieden zu verurtheilen ist; die Versammlung hält es jedoch für gefährlich, die Massen in den Glauben zu versetzen, daß die Verwirklichung unseres Endzieles schon in greifbare Nähe gerückt und durch eine gewaltthätige Karawane herbeigeführt werden müßte, da ein solcher Wahn nur lähmend auf die praktische Thätigkeit der Arbeiter einwirken und sie verhindern könnte, in rastloser Arbeit die Vorbedingungen für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus zu schaffen. Als solche betrachtet die Versammlung die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und in denselben ihre Bildung, Schulung und Disziplinierung zur demokratischen Selbstverwaltung. Die Versammlung bedauert, daß in dem Wust persönlicher Intrigen auf dem Parteitag die vornehmste Aufgabe aller Parteitage, nach dieser Richtung zu wirken, in Dresden nicht gebührend berücksichtigt wurde, und ersucht den Parteivorstand, bei Festsetzung der Tagesordnungen künftiger Parteitage Erörterungen über sachliche Fragen des proletarischen Klassenkampfes an die erste Stelle der Verhandlungen zu rücken.“

Wir können nicht umhin, unserer Vermunderung darüber Ausdruck zu geben, daß Genosse v. Elm, der sich über Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Partei beklagt, selbst den Genossen Mehring, der doch ebenfalls nur von dem ihm zustehenden Recht der Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat, in einer gemeinen, ja geradezu niederträchtigen Weise beschimpft hat. Eine solche Kampfesweise zeugt nach unserer Meinung sicherlich nicht von einer vom Genossen Elm ständig für seine Person in Anspruch genommenen Toleranz. — Im Uebrigen sind wir der Meinung, daß mit der Resolution, soweit sie die Frage der Taktik betrifft, offene Thüren eingeebnet sind. Wo ist denn jemals — abgesehen von der hier gar nicht

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Tischler in der Möbelfabrik Streil in Burzen ist nunmehr nach ca. 20wöchiger Dauer beendet worden. Er war erfolglos. Obgleich die Ausständigen nichts weiter verlangten als Wiedergewährung der früheren Löhne, die durch fortwährende Herabsetzung soweit gesunken waren, daß sie bei allen Tischlern durchschnittlich 13,80 Mk. pro Woche betragen, ließ sich die Firma nur herbei, „Zulagen“ auf die Akkordlöhne von 5 und 10 Pf. zu gewähren, wodurch ein wöchentlich Mehrverdienst von etwa 30 Pf. erzielt würde. Außerdem „billigte“ die Firma, daß ein Arbeiterauschuss gewählt wird. Die Ursache dieses ungünstigen Ausgangs sind viele Arbeitswillige. Die Zahl der Streikenden betrug 45.

Schutz der Arbeitswilligen vor „christlichen“ Prügelhelden. Am 4. Juni d. J. traten die Weber der Webburger Wollindustrie in den Ausstand und die Streikenden bemühten sich, von auswärtig kommende Arbeitswillige dem Orte fernzuhalten. Zwei streikende Weber haben nun einen arbeitswilligen Weber aus M. Glabbach, der bei der Webburger Wollindustrie Arbeit nehmen wollte, in brutaler Weise mißhandelt. Beide schleppten den arbeitswilligen Weber, den sie schon vorher mißhandelt hatten, später in ein Kleefeld, warfen ihn zur Erde und mißhandelten ihn durch Faustschläge und Fußtritte. Der eine Streikende riß dem Manne den Leibgurt ab und schlug damit blindlings so lange auf ihn ein, bis er ohnmächtig im Felde liegen blieb. Die Streikenden hatten den Mann so zugerichtet, daß er vierzehn Tage krank und noch mehrere Wochen nachher arbeitsunfähig war. Die beiden Weber hatten sich wegen ihres brutalen Vorgehens vor der Strafkammer zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten zehn bzw. sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei bzw. zwei Monate Gefängnis. — Es ist jedenfalls das schlimmste derartige Prügelstück, das jemals vorgekommen ist. Die „Deutsche Bergarbeiter-Ztg.“ stellt nun fest: Die Gewaltmenschen sind Mitglieder des christlichen Textilarbeiter-Verbandes, sind Höglinge des Herrn Schiffer-Kreisel, der stets so schön über die Schlechtigkeit der freien Gewerkschaften zu predigen weiß. Nun es sich um „christliche“ Terroristen und Höglinge handelt, herrscht Schweigen in der Zentralstelle — bis wieder ein „sozialdemokratischer“ Gewerkschaftler „terrorisiert“ hat, dann hebt das Scharfmachergeschrei von neuem an.

Bedingt begnadigt. Unter den Infolge der Dresdener Straßentrampalle zu längeren Gefängnisstrafen Verurteilten befinden sich auch eine Anzahl junger Burschen. Vier dieser jungen Leute, die gleich bei den ersten Prozessen mit abgeurteilt wurden, hatten ein Gnadengesuch an den König um Erlass der Strafe eingegeben. Vor einigen Tagen sind diese vier, der „Sächs. Arb.-Ztg.“ zufolge, durch ministerielle Verfügung auf der Staatsanwaltschaft dahin beschieden worden, daß die Verbüßung der Strafe auf 1 1/2 Jahr ausgesetzt wird. Halten sie sich während dieser Zeit von jedem Konflikt mit Behörden und Gerichten frei, dann soll ihnen die Strafe erlassen bleiben.

Gegen den Revisionismus und speziell gegen dessen Stimmführer in Baden, Wilhelm Kolb, nahm eine sehr zahlreiche besuchte Wahlkreis-Konferenz des 7. badischen Wahlkreises, die am Sonntag Nachmittag in Rehl stattfand, Stellung. Genosse Frank-Mannheim erstattete den Bericht vom Parteitag. Seine Resolution, die die Beschlüsse des Parteitages gutheißt, die Form aber, in welcher die Debatten geführt wurden, mißbilligt, fand einstimmige Annahme. Kolb hatte sich dann gegen schwerwiegende Vorwürfe der Offenburger Genossen bezüglich seiner Redaktionsführung am „Volksfreund“ zu verantworten. Es wurde ihm von den Genossen Adolf Gek und Dreifuss nachgewiesen, daß die von den Revisionisten so stürmisch verlangte freie Meinungs-

äußerung am „Volksfreund“ absolut nicht existiere. In einseitigster Weise werde die revisionistische Richtung vertreten, gegenteilige Ansichten kämen überhaupt nicht oder nur in entstellter Form zum Ausdruck. Hinzu kam noch, daß der „Volksfreund“ überhaupt keine Rouge beige, nach „oben“ hin ein scharfes Wort zu riskieren, aus Furcht vor dem Kabl. Die Parteigenossen aber und selbst die im Wahlkampf stehenden Kandidaten werden in der schärfsten Weise heruntergerissen, ihre Erwiderungen jedoch nicht aufgenommen. Dann „schließt Kolb einfach die Diskussion.“ Kolb konnte alle diese Angriffe nicht entkräften. Er mußte zugeben, eine ganze Reihe „Dummheiten“ gemacht zu haben und suchte sich dann dadurch zu retten, daß er die auf dem Dresdener Parteitag gehaltene Rechtfertigungserklärung nochmals vom Stapel ließ. Alle folgenden Redner traten ihm entgegen und einstimmig wurde schließlich eine Resolution angenommen, in welcher die Abhaltung einer Konferenz verlangt wird, in der berathen werden soll, wie es möglich ist, den „Volksfreund“ wieder zu einem wahren Parteiorgan zu machen.

Genosse Göhre hatte sich Montag vor der Strafkammer in Berlin wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Während der Wahlbewegung hat er in Seehof bei Zehlendorf eine Rede gehalten und in derselben den anwesenden Gendarm folgendermaßen apostrophiert: „Wenn wir gemeingefährlich wären, dann würden wir Waffen bei uns tragen. Ich glaube aber, es hat Niemand weiter eine Waffe bei sich als der überwachende Gendarm. Wenn ich hier die geballte Faust emporhebe, wie ich das jetzt tue, so wird mich Niemand für gemeingefährlich halten mit Ausnahme des Gendarmen. Wir wollen unsere Ziele mit friedlichen Mitteln erstreben.“ Wegen dieser Äußerung war Göhre vom Schöffengericht freigesprochen worden. Auf die Berufung des Staatsanwalts verurteilte die Strafkammer Göhre nunmehr zu 25 M. Geldstrafe.

Die „Münchener Post“ beschäftigt sich in einer ihrer letzten Nummern unter der Ueberschrift: „Berlin und Dresden“ mit Bebel's Rede im zweiten Berliner Wahlkreis und stellt in einigen Punkten Vergleichen zwischen dieser Rede und Bebel's Reden in Dresden an. In der Berufung Bebel's auf die „Münchener Zeitung“ und den „Stadtausbeuge“ der „Kölnischen Zeitung“, deren günstige Urtheile über den Parteitag Bebel den Parteizeitungen entgegengehalten hatte, die über den Parteitag ungünstig urtheilten, sieht die „Münchener Post“ einen Widerspruch zu sonstigen Äußerungen Bebel's, „dem jeder Tadel der bürgerlichen Presse eine Wonne, jede Anerkennung von ihr ein Grauel ist.“ Schlimmer noch erscheint der „Münchener Post“ die Pflicht, mit der Bebel — der Antirevisionist — seine Meinung über Harden revidirt. Sie zitiert einige besonders starke Stellen aus Bebel's Rede über Harden in Dresden und stellt ihr die Stelle aus seiner Berliner Rede gegenüber, in der er sagte, daß er in die Lage kommen werde, sein Urtheil über Harden zu revidiren und daß Harden als Zeuge vor das Schiedsgericht geladen werden solle. Dazu schreibt dann das Blatt: „Die Hure“ wird jetzt ehrlich, weil sie allerlei gestillt hat, was dem Rehergericht in den Ramen paßt. Der „niederrächtige, feige, gemeine Beschimpfer der Partei“ erhält eine Vorladung als Zeuge und man hofft, daß er die Güte haben wird, zu erscheinen. Ein Hochverrathprozeß gegen eine Anzahl von Genossen mit einem Bebel-offiziell als niederrächtiger Lump gekennzeichneten als Kronzeugen. Höher geht's nimmer!“

Die Mainzer Parteigenossen legten ihre Aussprache über den Dresdener Parteitag in einer dritten Versammlung fort und brachten sie mit einer einstimmig angenommenen Resolution zum Abschluß. Die Resolution lautet: „Die Versammlung ist von dem Ergebnis des Parteitages nicht befriedigt. Sie hat von demselben mehr und besseres erwartet, als die unfruchtbare, von persönlicher Leidenschaftlichkeit getragene Litteratendebatte. Die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern hätte mit weniger Lärm und mehr

Erfolg erledigt werden können. Die Versammlung mißbilligt auf das Entschiedenste die Art und Weise, mit der einzelnen Genossen sich das Recht anmaßten, über ganze Parteigenossen sich als Richter aufzuspielen und sie grundloserweise zu beschimpfen. Die Verhandlungen des Parteitages haben erwiesen, daß die in der Resolution betr. die Taktik enthaltenen Anklagen gegen Bestrebungen innerhalb der Partei, welche dahin zielen sollen, die Partei vom Boden des Klassenkampfes abzudrängen und sie zu einer bürgerlichen Reformpartei umzugestalten, zwecklos erhoben sind, da solche Bestrebungen nicht existiren. Die Versammlung verpflichtet sich, trotz allen Stürmen, welche die Partei von außen und innen umbrausen, getreu den Grundanschauungen derselben, nach wie vor energisch für die Befreiung des Proletariats aus politischer und ökonomischer Knechtschaft zu kämpfen.“

Bernstein erläßt an die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Breslau einen offenen Brief, in dem er zunächst die Frage aufwirft, ob er nach der Beurtheilung der revisionistischen Bestrebungen durch den Verein noch sozialdemokratischer Abgeordneter des Kreises bleiben könne, dann aber die persönliche Vertrauensklärung der Breslauer Resolution akzeptirt. Bernstein führt aus, daß das, was die Breslauer Genossen als schädlichen Revisionismus verurtheilt haben, sehr wenig mit dem Revisionismus zu thun habe, den er vertritt; allein die Breslauer Resolution stelle auch Sätze auf, die er nicht unterschreiben könne, und darum schlägt Bernstein vor, er wolle bei seiner nächsten Anwesenheit in Breslau einen Vortrag darüber halten, warum und wie er Revisionist sei, und diesen Vortrag zur Debatte stellen. Daraus solle sich dann ergeben, ob zwischen dem Breslauer Verein und Bernstein wirklich eine so tiefe Meinungsverschiedenheit bestehe, wie sie aus der Breslauer Resolution gefolgert werden könne.

Garden hat im letzten Heft der „Zukunft“ nicht viel mehr zu sagen. Er macht Bernbard gegenüber die Feststellung, daß dessen Versuche ihn, Garden, in Nebenpunkten der Lüge zu zeihen, als mißlungen gelten können und daß dieser noch vier Wochen vor dem Parteitag über Gardens „fabelhafte Siebenswürdigkeit“, ihm bei der Gründung einer eigenen Zeitschrift behilflich zu sein, entzückt und beglückt gewesen sei. Gegen Heinrich Braun wiederholt Garden, daß dieser, nebst seiner Frau, in materiellen und literarischen Fähigkeiten eines wirtschaftlich nicht nur der Pflichtenmoral widersprechenden Lebens jahrelang von ihm (Garden) Hilfe erbeten und erhalten habe. Auch gegen Göhre hält Garden seine Behauptung vollinhaltlich aufrecht, daß dieser, als er seinen letzten Artikel in der „Zukunft“ veröffentlichte, Stimmung und Beschluß des Parteivorstandes gekannt habe. Dann wendet er sich besonders gegen seine, dem er nachweist, daß dieser am 11. September 1903 ihm (Garden) aus Tegernsee schrieb, er habe schon im Winter einmal die Absicht gehabt, sich mit ihm (Garden) über die Form seiner Polemik auszusprechen und hoffe, dazu noch Gelegenheit zu finden. Am 16. September aber erklärte seine auf dem Parteitag in Dresden: „Ich mißbillige auf das Schärfste den persönlich gehässigen Ton, mit dem Garden seine Politik betreibt. Das habe ich auch Garden gegenüber ausgesprochen.“ Es folgen einige Ausfälle gegen Mehrings Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ über die „Zukunft“, Anspielungen auf Mehrings Gartenlaubartikel vom Jahr 1880 und ein Klagekrei über die 336 Delegirten, die keine Sätze für ihn hatten: „ein Gast sogar, der österreichische Genosse Viktor Adler, der doch triftigen Grund gehabt hätte, zu schweigen, trug zu dem Scheiterhaufen schnell noch ein Spanlein herbei.“ Endlich erklärt Garden die näheren Umstände seiner Namensänderung und erzählt dabei seine leidenvolle Jugendgeschichte. Schließlich bespricht Garden noch sein Verhältnis zu Wisnarski; er bespricht, daß er, als er der zweiten Einladung Wismarski's folgte, an die Gründung der „Zukunft“ gedacht habe, erwähnt seine Disfe-

Das Vermächtniß des Pedlars.

(Folge des Romans: „Der Pedlar“)
Von Otto Rupperts.

2. Fortsetzung.

„Aber, lieber Herr, — wie heißen Sie gleich? Habe wirklich schon wieder Ihren Namen vergessen — es scheint doch, als wären Sie ziemlich genau von Vaters Beihilfung an der Dieberei unterrichtet gewesen“, erwiderte Murphy, und das frühere faktische Lächeln lagerte sich wieder um seinen Mund. „Sagten Sie nicht selber, als Sie das Boot betraten, Sie seien bei der Verfolgung der Sklavenräuber beihilft gewesen und dabei vom rechten Wege abgekommen? Dabei ist nur ein kurioser Umstand“, und das Lächeln wurde noch schärfer als vorher, — „daß es nämlich, wie ich aus dem Prozesse über Vaters Ermordung weiß, Niemandem eingefallen ist, die Räuber weiter zu verfolgen. Haben Sie sich das Vergnügen vielleicht auf eigene Faust gemacht?“

Seifert hob langsam die Augenlider und sah seinen Gegner mit einem Auge an, in dem es schwer gewesen wäre, irgend einen Ausdruck zu entdecken. Er war ziemlich blaß, aber keine Miene zuckte. „Ich verstehe Sie nicht recht, Sir“, sagte er kalt, „und begreife überhaupt nicht, was alle diese sonderbaren Bemerkungen sollen. Einer Ihrer südländischen Landsleute würde sich eine nachdrücklichere Erklärung erbeten haben, doch wir Nordländer nehmen derartige Dinge kühler auf. Was wollen Sie denn eigentlich von mir? Mir scheint, Sie feuern auf den künftigen Staatsanwalt los und wollen einmal versuchen, was sich aus dem einfachen Faktum, daß ich fremd und ohne Mittel auf das Boot gekommen bin, machen läßt. Sie haben Recht, es vertritt die Zeit; fahren Sie also fort.“

Er brachte die Zigarre wieder langsam zum Munde

und begann, als berühre nichts seine Seele, weiter zu rauchen.

Der Advokat schlug das Bein über die eine Lehne des Stuhles und stützte auf die andere Arm und Kopf. „Ihre Taktik wäre gar nicht so übel“, sagte er, „wenn Sie nicht Einiges dabei vergäßen, so z. B. daß es Menschen in der Welt giebt, welche genügenden Grund haben, etwas tiefer in die Art und Weise Ihrer Sklavenverfolgung einzudringen, die auch vielleicht das Vergnügen haben. Sie genauer zu kennen. So erinnere ich mich eines Abends, der mich gegen 50 Dollars am Spieltisch kostete, und wenn ich Sie genauer betrachtete, Mr. Seifert“ — er hielt inne, das Auge fest auf seinen Gefährten gerichtet.

„Kun“, erwiderte dieser, sein Gesicht in eine Dampfwolke hüllend, „mir scheint, Sie fallen aus der Rolle und wollen nicht nur als Staatsanwalt durch Ueberraschungen wirken, sondern auch noch den Zeugen in einer und derselben Person vorstellen?“

„Well, Mr. Seifert!“

„Bardon, Sir! mein Name ist Henry Wells“, rief Seifert, „und die Geschäfte fängt an, mir etwas langweilig zu werden. Erlauben Sie einen Augenblick!“ Er erhob sich rasch, öffnete die Thür zum Bar-Room und sah hinaus — ebenso eine zweite, die in das Mitteldeck führte, und schritt dann auf den Advokaten los, der ohne seine Stellung zu verändern, Seifert's Benehmen beobachtete, jetzt aber bei seiner Annäherung sich geradeauf setzte.

„Einfach, Sir, was wollen Sie von mir?“ sagte der Serantretende mit zusammengezogenen Augenbrauen, die Zähne auf die Unterlippe beißend.

„Erstens, Ihnen sagen, daß ich Sie sammt Ihrer letzten Expedition kenne“, erwiderte der Advokat in voller Ruhe, aber augenscheinlich für irgend eine Bewegung vorbereitet, „und daß ich auch weiß, daß wohl Niemand in Bidsburg Ihr Fahrgeiß bezahlen wird, wenn ich es nicht tue, Mr. Seifert.“

„Noch einmal — mein Name ist Wells, Sir! Aber angenommen, ich wäre der Mann, von dem Sie sprechen, so fliehe doch der Mississippi, auf dem wir uns jetzt befinden, wohl nicht in Alabama, und den Sheriff von dort werden Sie wohl auch nicht bei sich haben, um den Mann, von dem Sie sprechen, verhaften zu lassen. Warum soll ich also durchaus dieser Mann sein, mit dem ich vielleicht Neugierigkeit haben mag?“

„Verhaften zu lassen? — wer hat von dergleichen gesprochen?“ erwiderte Murphy mit einer Miene voll Bewunderung, die aber einen leichten Spott deutlich durchscheinen ließ. „Ich spiele nur nicht gern Komödie mit, ohne zu wissen warum, und liebe es auch, mich gleich in klare Stellung zu Jedem zu bringen. Ich beabsichtige eigentlich nur, Sie zu fragen“, fuhr er fort und legte sich bequem zurück, „ob Sie nicht vielleicht die Reise nach New-York in meiner Gesellschaft zurücklegen und sich dabei meiner Dienste bedienen möchten, da die Ihrige augenblicklich nicht bei der Hand ist — verstehen Sie indessen recht, der Vorschlag sollte nur dem Manne gelten, für den ich Sie hielt, und von einem Incognito gegen mich kann mithin gar keine Rede sein.“

Seifert sah eine Minute schweigend in das Gesicht des Mannes, der mit seinem halbspöttischen Lächeln zu ihm auf sah; aber kein Zug von Ueberraschung über den unerwarteten Vorschlag wurde bei ihm sichtbar. Dann rieb er sich die Stirn, erhob sich und schritt das Gemach auf und ab. An der Thür des Bar-Rooms angekommen, öffnete er diese und sah hinaus; ebenso examinierte er wieder den Raum vor der andern Thür und ließ sich dann langsam auf seinen früheren Platz nieder.

„Well, Sir!“ begann er dann mit vorsichtig gemäßigter Stimme und setzte langsam seine Zigarre wieder in Brand, „wie ich die Sache ansehe, handelt es sich jedenfalls um die Ausführung eines scharfen Streiches — man macht sonst dergleichen Anerbieten, wie Sie es eben thaten, nicht so ohne

renzen mit Bismarck, der einmal in den Hamburger Nachrichten verurteilt habe, die „Zukunft“ sei „in sozialdemokratisches Fahrwasser hineingekittet“ und reproduziert zum Schluss den „Nothe Primadonnen-Artikel“, der in Dresden viel zitiert wurde. Damit dürfte die Aera der Enthüllungen bis auf weiteres zum Abschluss kommen. Mehrere Broschüren wird im Laufe dieser Tage erscheinen.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess in Dresden ist nunmehr zur Ausgabe gelangt. Die Verhandlungen haben bei unseren Parteigenossen das lebhafteste Interesse erweckt, namentlich sind die Erörterungen über die „Taktik“ von weittragender Bedeutung für die Partei. Das Protokoll enthält die ganzen Debatten in ausführlichster Weise und ist somit ein wichtiges Dokument für die Parteigeschichte. Auch der im Protokoll enthaltene Bericht der Reichstagsfraktion ist von besonderer Bedeutung, da er Auskunft giebt über alle Fragen, die im verflochtenen Jahr im Reichstag verhandelt wurden. Ein Sprecheregister sowie ein ausführliches Sachregister erleichtern das Nachschlagen der einzelnen Gegenstände der Verhandlungen. Der Preis für das 448 Seiten starke Protokoll ist 75 Pfg., gebunden 1 Mk.

Der Vertrauensmann R. Felber in Fürstentum sendet der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung, worin er mitteilt, daß die Aufstellung Dr. Heinrich Brauns als Reichstagskandidat mit Wissen des Parteivorstandes erfolgt sei. Felber habe selbst vor der beschließenden Parteikonferenz bei Bebel schriftlich angefragt, ob er gegen Brauns Bedenken habe. Bebel habe darauf geantwortet, er wolle sich jeder Entscheidung enthalten, aber das könne er sagen, daß gegen Braun persönlich nichts vorliege.

Gemeindevahlen. In den Gemeinderath zu Langewiesen bei Erfurt wurde unser Genosse Porzellanmaler Friedrich Eck beinahe einstimmig gewählt. Von 188 abgegebenen Stimmen erhielt er 181. Mit Eck zog der zweite Sozialdemokrat in den Gemeinderath ein. Bei der Bürgerauswahlwahl in Altkirchheim in Baden eroberten unsere Genossen die ganze dritte Klasse und auch fünf Sitze der zweiten Klasse. Drei weitere Sitze der zweiten Klasse gingen nur durch das Loos verloren. Wären auch sie uns gefallen, dann bestände genau die Hälfte des Bürgerausschusses aus Parteigenossen.

Aus Nah und Fern.

Eine überaus „peinliche“ Affaire macht, dem „Meinen Journal“ zufolge, seit einiger Zeit in Danzig viel von sich reden. Der im vergangenen Herbst verstorbene Abg. Richter hatte seiner Frau, mit der er in zweiter Ehe vermählt war, neben dem Nießbrauch seiner Villa in Joppot eine Rente von 5000 Mk. vermach, welche die Erben von Richters nicht unbeträchtlichem Nachlaß zahlen sollen. Die in den besten Vermögensverhältnissen lebenden Erben Dr. Heinrich Richter, ordentlicher Professor der Philosophie in Straßburg am Rhein, Frau Senatspräsident Emilie Gernershausen geb. Richter und Dr. Franz Richter sollen nun nach Zahlung für einige Monate aus unbekanntem Grunde die Rente nicht weiter geleistet haben, so daß die Wittve Richters zu ihrem Lebensunterhalt die Hilfe von ihren und ihres verstorbenen Mannes Freunden in Anspruch nehmen muß und den Rechtsweg beschritten hat. Ihr Klagebegehren ist der Landtagsabgeordnete und Stadtverordnetenvorsteher Reusch in Danzig. Bei der Belästigung und dem großen Ansehen, dessen sich Richter besonders in Danzig erfreute, ist es begreiflich, daß die Sache dort sehr peinlich empfunden wird.

Eine böse Stiefmutter. Vor dem Schwurgericht in Breslau hatte sich kürzlich die Arbeiterfrau Sophie Heiner aus Wittenberg bei Praglan wegen Tödtung der fünfjährigen Fiedra Heiner zu verantworten. Die Frau war in zweiter Ehe mit dem Jagelshauer H. verheiratet, der aus erster Ehe vier Kinder besaß, darunter die fünfjährige Fiedra, welche die Anklage mit geradem jenseitigen Haß verfolgte. Im Mai d. J. erkrankte das Kind infolge von Mißhandlungen, die es von der Stiefmutter tagtäglich zu erdulden hatte. Das entmenschte Weib zwang das Kind, aus dem Bett aufzustehen; als die Kleine zu Boden fiel, band die Frau der Fiedra die Füße mit einem Strick zusammen und hing das arme Wesen so an einem Dornstachel auf. Als das Stöhnen des Kindes immer ärger wurde, nahm die Stiefmutter das Mädchen wieder herab und warf es auf das Bett. Diese Prozedur wiederholte sie mehrere Male,

so daß die Kleine einer Dymnastie nahe war. Jetzt befahl die Jurie dem Kinde, das sich kaum auf den Beinen halten konnte, sich an den Ofen zu stellen; als dieser Befehl nicht prompt ausgeführt wurde, wurde das Kind an den Bettpfosten festgebunden. Noch in derselben Nacht starb das Kind unter Qualen, nachdem es noch kurz vorher von der Stiefmutter mit einem dicken Stock geprügelt worden war. Die Beweisaufnahme ergab, daß das kleine Mädchen systematisch zu Tode gequält ist; die ärztliche Untersuchung hat einen Rippenbruch und zahllose Verletzungen durch Schläge festgestellt, die in Verbindung mit der mangelhaften Ernährung das Ende des Kindes herbeiführten. Der Spruch des Gerichts lautete auf zehn Jahre Zuchthaus und Ehrverlust von gleicher Dauer.

Was man von einer Redaktion nicht alles verlangt. Erhält da kürzlich unser Parteiblatt in Forst folgenden Brief:

Geehrter Herr!

Ich habe einen sehr liebenwürdigen Nachbar. Ich sehe mit letzterem stets auf Kriegsfuß. Er bezieht eine Invalidenrente und diese möchte ich ihm gern beschneiden. Vielleicht sind Sie so gut und theilen mir im Briefkasten unter . . . mit, wie ich die Sache anzustellen habe.

Die Antwort, die der rachsüchtige Frager erhalten hat, wird ihn nicht veranlassen, eine zweite ähnliche Frage zu stellen.

Schiller als unfittlich verurtheilt! Adolf Brand, der Herausgeber der Kunstzeitung „Der Eigene“ in Charlottenburg, der, wie wir schon mittheilten, sogar wegen der Kunstblätter von Fibus und wegen des Gedichtes „Die Fremdschiffahrt“ von Friedrich von Schiller von der Staatsanwaltschaft in Leipzig verfolgt worden ist, wurde vom dortigen Landgericht wegen Vergehen gegen § 184 St.-G.-B. zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt erklärte in seinem Antrag, daß er in den inkriminirten Gedichten, Novellen, Aufsätzen und Zeichnungen eine „Verherrlichung der widernatürlichen Unzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts“ sehe — und in seinem Schlußwort: daß die geschilderten Umarmungen und Küsse unter Freunden, wenn auch nicht direkt eine Verherrlichung der Päderastie, so doch zweifellos eine „Verherrlichung der Vorbereitungen zur Päderastie“ bedeuten und daß dieselben darum das Scham- und Sittlichkeitsgefühl des Volkes verletzen, so lange der § 175 noch bestche. — Schiller hat demnach in seinem begeisterten Hymnus an seinen Freund Raphael also auch „Vorbereitungen zur Päderastie“ verherrlicht. Und das alles ohne die 1/2 Pfennige! — Der Verlagsbuchhändler Max Spohr wurde zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt. Gegen das Urtheil wurde Revision eingelegt.

Ein thörichter Streich und seine Folgen. Am 28. Juni d. J. waren die Arbeiter Ernst Herbig und Paul Diez in die leerstehende Kirche der preussischen Ortschaft Kambsdorf eingedrungen und hatten dort allerlei Unfug getrieben. Herbig hatte u. a. in der Kirche einen Zylinder aufgesetzt, einen Kranz mit rother Schleife um seinen Hals gehängt und dazu gesungen, während Diez sich auf ein Kollertenbeneden gesetzt und über dasselbe eine despektierliche Ausprägung gethan haben soll. Wegen dieser Streiche hatten sich beide in der letzten Sitzung der Rudolstädter Strafkammer zu verantworten, welche wegen Vergehen gegen § 166 des St.-G.-B. auf je zwei Monate Gefängniß erkannte.

Aus der Kaserne. Bei der 5. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 63 in Mainz steht der Unteroffizier Hoffmann. Er war bei seinen Vorgesetzten beliebt und es wurde ihm deshalb das verantwortliche Amt des Futtermeisters anvertraut. Im letzten Manöver kam man ein Kanonier wegen eines Ohrenleidens ins Lazareth und meinte, das Leiden hänge wohl mit den Ohreisen zusammen, die er von dem Futtermeister im Stall bekommen habe. Das war ein Irrthum, aber mit den Ohreisen hatte es keine Wichtigkeit, und als man nun der Sache auf den Grund ging, erwiderte man, daß Hoffmann seit Jahren seine jämmerlichen Untergebenen für jedes kleine Versehen im Dienst geprügelt hatte. Durch die eingeleitete Untersuchung wurden 23 Leute ermittelt, die von Hoffmann geschlagen wurden, und da jede Ohrpeise, deren sich die Leute noch erinnerten, einzeln gezeigt werden muß, so werden dem Hoffmann nicht weniger als 693 Fälle von Mißhandlung zur Last gelegt. Davon wurden jedoch 683 als „minder schwere“ Fälle angesehen. Einmal hatte Hoffmann einen Kanonier mit dem Hufkriemen geschlagen, weil er sein Pferd am Sonntag nicht gepuzt hatte. Einen andern schlug

er mit dem dicken Ende der Fahrerpeitsche, weil er sein Putzzeug hatte im Stall stehen lassen; einen dritten ließ er mit der Faust ins Gesicht, daß die Nase blutete. Ein Kanonier Klein hatte im Herbst 1901 beim Schwefelkammern sich ungeschickt angestellt, so daß dem Pferde ziemlich viel Haare ausgingen. Da sagte der Unteroffizier: „Ich will Dir zeigen, wie das thut, fuhr ihm ins Haar und riß ihm ein Büschel Haare aus. Den Kanonier Grebe schlug er mit der Gasterfette über den Rücken, weil ihm das Vorkoppeln eines Pferdes nicht gleich gelang. Die Zahl der von Hoffmann empfangenen Ohrpeisen berechnete Grebe auf 50! Außerdem ließ ihn der Unteroffizier einmal mit zwei Blechheimern am ausgebreiteten Arm drei Minuten lang in der Kniebeuge verharrten, eine Quälerei, zu der gar keine Veranlassung vorlag, wie der Verhandlungsführer bei der Verkündung des Urtheils hervorhob. Das Kriegsgericht in Frankfurt a. M. erkannte auf neun Monate Gefängniß, sah jedoch von einer Aberkennung der Treffen ab. Denn der Angeklagte habe nach der Beweisaufnahme „nur im Interesse des Dienstes“ gehandelt, sein Beweggrund sei kein ehrenrühriger gewesen, und das Gericht wolle ihm die Möglichkeit besseren Fortkommens nicht abschneiden. Der Angeklagte war in der Hauptsache geständig und verzichtete auf Berufung. — Der frühere Unteroffizier Mint vom Telegraphen-Bataillon Nr. 3, jetzt Militär-Gefangener, wurde vom Oberkriegsgericht des 8. Armeekorps in Koblenz wegen Verleitung zum Meineide einschließlich einer noch wegen Diebstahls, Unterschlagung und Beleidigung zu verbüßenden 5 1/2 monatigen Gefängnißstrafe zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren verurtheilt. — Der Sergeant Degenhardt vom Infanterie-Regiment Nr. 82 in Göttingen war vom Kriegsgericht wegen Mißhandlung von Untergebenen in drei Fällen zu 2 Monaten 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Seine dagegen eingelegte Berufung wurde vom Oberkriegsgericht des 11. Armeekorps verworfen.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 900,—, 4. Kreis Südost 1000,—, 4. Kreis Ost 2000,—, 5. Kreis Wahlverein 500,—, 6. Kreis 5500,—, Berlin, diverse Beiträge 921,68. Bamberg, Rückhlg. 40,—, Barmen, v. sozialdemokr. Verein 300,—, Bremen, von den Gen. durch U. 300,—, Bern 50,—, Bielefeld, Genossen der Lungenheilstätte, B. 1 12 85. Buglehuhe, v. d. Alten b. Weber 3,—, Bielefeld, Uebertragung vom Telegraphen nach Dresden, von Genossen im Sanatorium B., durch Borgmann jr. 7,—, Breslau, sozialdemokr. Verein 50,—, Cannersdorf i. Riesenebirge, Rückzahlung nicht gebrauchter Wahlgelber 250,—, Cottbus, P. S. für zwei Quartale 4,—, Elberfeld, sozialdemokratischer Volksverein 1000,—, Frankfurt a. M., Rückzahlung von Wahlgeldern 1805,31, Falkenberg (Oberschl.) 2,—, Fürth i. B., durch Sch. v. „Maulbeerbau“ 13,—, Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—, Greiz, Wahlkreis Neuf a. L. 200,—, Hamburg, im Monat September in der Expedition des „Echo“ eingegangen 281,55, Hamburg, 1. Wahlkreis 3000,—, Lübeck, sozialdemokr. Verein 1000,—, Ludenwalde, Rufus 5,—, München, Waldläufer Juli-September 15,—, Meß, v. e. neuen Bezirksorganisation Lothr. durch U. Schl. 20,—, Nienburg a. W., vom Unterstützungsfonds d. Glaser 25,—, Nürnberg, G. u. M. 4,—, Oberhausen i. Rheinl., v. d. Parteigenossen 20,—, Posen, Rückz. v. Wahlgeldern 29,13, Rahnstorf, E. P. 3,—, Reichersbach i. Schl., sozialdemokratischer Wahlverein 10,—, Remscheid, Jakob im Quadrat durch E. W. 10,—, Ritzgenhain, Arbeiter-Vereinsverein 3,—, Rixdorf, Metallarb., Vortrag 6,—, Straßburg i. E., Alvater 5,—, Solingen, durch das Kreiskomitee 40,—, Weizelsdorf, Kr. Reichersbach i. Schl., sozialdemokr. Wahlverein 20,—, Wernemünde 50,—, Württemberg 100,—, Zürich, von den deutschen und östreich-ungarlandischen Sozialdemokraten in der Schweiz für die deutschen Reichstagswahlen gesammelt, 2. Rate 1000,—, Für den preussischen Landtagswahl-Fonds gingen ein: 512,—.

Berlin, den 10. Oktober 1903.

Für den Parteivorstand:
A. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

weiter. Entweder soll der Mann, den Sie durchsicht in mir erkennen wollen, dadurch zum Bewusstsein seiner Identität veranlaßt und so in eine Falle gebracht werden — und das wäre allerdings unter Umständen ein ganz gelungener Streich — oder es ist irgend ein jähliches Unterstehen, das nicht Jedermanns Geheimnis ist, im Grunde, zu welchem der Mann, den Sie in mir sehen, gewisse Handlungen voll.

„Der nicht so sehr gelächelt“, sagte der Abvokat, als Seifert eine Bank machte, um seine Zigarette zum Rauchen zu führen; ich kann mich über Ihre gewisse Auffassung der Beschaffenheit, Mr. Seifert.“

„Wahrscheinlich“, sagte Seifert, „wäre unter allen Umständen, diese wären sich ausgedrückt, wie Sie wollen.“ „Sind Sie Seifert mit einer letzten Verzögerung des Kopfes in die Rede.“ „Was den ersten Teil anbetrifft, so ist es gleich, ob ich hier unter der Augen liegen würde, ich bin der Seifert, den Sie meinen, aber nicht — es hätte Ihnen genügt schwer werden, zu betonen, daß ich dies ergründet — halten Sie mich für was Sie wollen, was,“ sagt er mit einem tiefen Lächeln fort, „gehört zu den Sie nicht meinen Namen, der zu meinen Namen eben nicht gehört wäre, mir meinen Weg zu zeigen.“

„Wie, Mr. Seifert, wenn es nicht anders sein soll?“ erwiderte der Abvokat, „es ist mir, wie begreife was mich zu verhalten.“

„Es sollte mich freuen“, sagte Seifert, „da ich Sie von einem Zigarette kenne; was den zweiten Teil betrifft, so habe ich ganz bei einem unglücklichen Geschehnis mit meinen geringen Talenten zur Verfügung, um mich mit dem besten Vertrauen und der Besten des ganz Unbekannten gegenüber werden. Für Andere die Bekannten aus dem Jahre zu haben,“ sagt er mit einem tiefen verächtlichen Lächeln fort, „und dann die verbrannten Haare als einzigen Seiten

zu behalten, ist eine Erfahrung, die man nicht gern mehrere Male macht.“

Manchmal schien eine Sekunde lang mit seinem durchdringenden Blick die innerste Falte von Seiferts Seele ergründet zu wollen; dann sprang er auf und trat an das Fenster, in das von den Nadeln des Bootes gepetete Wasser hinstarrte. Seifert lehnte sich in seinen Stuhl zurück und schien bald keine andern Gedanken zu haben, als die Formen der Rauchwolken, die er langsam von sich blies, zu verfolgen.

„Gut, Sir“, begann nach einer kurzen Weile der Abvokat, langsam vom Fenster zurücktretend, „ich glaube mit der richtigen Offenheit nicht viel bei Ihnen zu riskieren. Es handelt sich um einen Rechtsfall, der gerade in der Gegend von Alabama spielt, wo für Sie der Boden jetzt etwas zu heiß ist, als Sie ihn betreten könnten, falls Sie etwa den Herrlicher von dem zu irriden gebührt, was beabsichtigt wird. Auf der andern Seite hoffe ich Ihnen für die Unterführung der Sache einen Gewinn verbürgen zu können, der vielleicht Ihre Erwartungen übersteigt, wenn Sie der Mann sind, den ich brauche und den ich in Ihnen vermute. Ich will Ihnen ehrlich gestehen, daß, als ich bei Ihrem Eintritt in das Boot von Ihrer Verlegenheit hörte und Sie erkannte, mir es fast scheinen wollte, als habe das Schicksal mich recht abgünstig in den Weg geworfen, was mir gerade jetzt.“

Seifert blies einen wohlgeformten Ringel in die Luft. „Ich bin vollständig bereit zu hören, wenn Sie mich Ihres Verstandes werth halten“, sagte er, „und dann wird es sich je wohl zeigen, ob das Schicksal recht gehandelt hat — jedenfalls würden Sie äußerst wohl handeln, wenn Sie, um in einem Akt einer vorläufigen Zwang anzutreten, mein Jahrgeld bei New-Orleans herunter vor weiterer weiteren Vernehmung, beschließen wollten. Das Geschäft ist meiner

Tasche würde Ihnen sicher größere Bürgschaft für die Aufrichtigkeit meines Entschlusses geben, als es alle Worte thun könnten.“

Der Andere sah ihn einen Augenblick mit sonderbarem Gesichtsausdruck an. „Schüchtern sind Sie nicht, Sir, und scheinen Ihren Vortheil beim Schopfe fassen zu können“, sagte er dann. „Was aber, wenn ich nichts zahle, ehe wir nicht mit einander ins Klare gekommen sind, damit ich doch weiß, wofür ich mein Geld gebe?“

„Ihre Sache, Sir“, erwiderte Seifert achselzuckend und erhob sich langsam. „Sie sind zu mir gekommen und haben mir ein Geschäft angeboten, nicht ich zu Ihnen — ich habe Ihnen meine erste Bedingung gesagt, unter welcher ich nach Umständen vielleicht mich mit Ihnen verständigen kann, und Sie sollten meine Gründe dafür würdigen — konveniert Ihnen das kleine Risiko nicht — very well, so brechen wir ab.“

„Und wie gedenken Sie in Wicksburg Ihr Fahrgeld zu bezahlen und von dort weiter zu kommen?“

„Gott im Himmel, das ist doch meine Sache, lieber Herr. Sie scheinen mich noch immer für den Bagabunden Seifert, oder wie Sie ihn nannten, halten zu wollen; was wissen Sie denn von meinen Verhältnissen?“

„Schön!“ lachte der Abvokat auf; „ich sehe, es ist schlecht handeln mit Ihnen, und muß ich mein Vertrauen riskieren, so kann es allerdings auf ein paar Dollars nicht ankommen.“ Er zog ein wohlgefülltes Taschenbuch aus seiner Tasche und legte einige Banknoten auf den Tisch. „Hier, legen Sie Ihre Hand darauf und lösen Sie Ihr Ticket selbst, damit ich nicht wieder eine Verwechslung in dem Namen begehe. Die einzige Bedingung ist nur, daß Sie mit mir jetzt ohne Winkelzüge verhandeln, damit wir zum Zweck kommen.“

(Fortsetzung folgt.)